

Sperrfrist bis zum 15. Mai 1955, 12.15 Uhr

Rede von Herrn Bundespräsident Max Petitpierre  
gehalten an der  
Ordentlichen Delegiertenversammlung  
der Freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz  
Biel, den 15. Mai 1955

---

Vor einigen Tagen war der 10. Jahrestag der Beendigung des Krieges. Aber das Ende der Feindseligkeiten vom 8. Mai 1945, der Sieg der alliierten Armeen, die Niederlage des Nationalsozialismus und des Faschismus hatten keineswegs eine ungemischte Freude hervorgerufen. Man hatte nicht wie im Jahre 1918 das Gefühl, dass der Krieg endgültig abgeschafft sei und dass eine Epoche des Friedens ihren Anfang nehme. Die Organisation der Vereinten Nationen entstand nicht unter dem Zeichen des Enthusiasmus und des Vertrauens, mit denen der Völkerbund begrüsst worden war. Die Erleichterung und die wirkliche Freude, die man empfand, waren gedämpft durch Zweifel, durch Hintergedanken, durch einen gewissen Skeptizismus. Europa war politisch und in einem hohen Masse auch materiell zerstört. Man fragte sich, wie es wieder aufgebaut werden könne. Man wusste nicht, ob das Kriegsende die dauernde Befreiung der unterjochten Völker bedeute oder ob es nur den Schluss eines Kapitels bilde, einer langen und tragischen Geschichte, einer endlosen Geschichte: jener des Konfliktes, der zwei Lebensauffassungen der Völker und der Einzelmenschen einander unversöhnlich gegenüberstellt.

Zehn Jahre sind vergangen. Sie waren unsicher, unruhig und bewegt, von Ereignissen gekennzeichnet, die des öfters mehr Furcht einflössten, als dass sie Hoffnungen rechtfertigten. Diese zehn Jahre haben den Frieden nicht gebracht. Sie waren eine Zeit des politischen und diplomatischen Krieges, der ab und zu von Gewalttätigkeiten oder sogar von offenen Feindselig-



keiten gekennzeichnet war. Die heutige Weltkarte ist nicht vom Recht oder nach Rechtsprinzipien, sondern von der Gewalt gezeichnet worden. Und dennoch haben die gehegten Befürchtungen, wenn sie sich auch nicht völlig verflüchtigt haben, der Hoffnung einen Platz gelassen.

Ich will hier nicht versuchen, diese zehn Jahre zu beschreiben, sondern nur hervorheben, was <sup>mir</sup> für die heutige Situation charakteristisch erscheint.

Zunächst zwei positive Tatsachen: Die erste ist der wirtschaftliche Wiederaufbau Europas. Wenn wir den heutigen Zustand mit jenem vergleichen, der vor zehn Jahren in den vom Krieg überzogenen Ländern bestand, kann man sich nur verwundern über den Erfolg, den die zur Wiederaufrichtung Europas unternommenen Anstrengungen gezeitigt haben. Dem Elend ist die Wohlfahrt gefolgt, dem Mangel der Ueberfluss. Die europäischen Einrichtungen, die in den Nachkriegsjahren zur Wiederbelebung der Wirtschaft des Kontinents durch eine gemeinsame Aktion gegründet wurden, haben ihre Versprechungen gehalten. Diese günstige Entwicklung der Wirtschaft hat wichtige politische Folgen nach sich gezogen, insbesondere jene einer fortschreitenden Stabilisierung. Vor zehn Jahren konnte man sich fragen, ob die alten demokratischen Institutionen nicht durch die Strömungen des Krieges aufs Heftigste erschüttert würden. Sie haben widerstanden. Aber die sozialen Probleme haben eine immer grössere Bedeutung erlangt, und man kann dies nur begrüßen. Sie gehören heute zu den wichtigsten Besorgnissen aller Regierungen. Die Feststellung ist nicht übertrieben, dass das Gesellschaftssystem, welches kapitalistisch genannt wurde und durch den Klassenkampf gekennzeichnet war, sich umgewandelt hat. Es ist falsch geworden, den Kommunismus dem Kapitalismus gegenüberstellen zu wollen, wobei der eine die Gleichheit und die Gerechtigkeit zu erreichen sucht, während der andere in der Ausbeutung der arbeitenden Massen durch eine Minderheit von Besitzenden besteht. Es wäre richtiger festzustellen, dass dem Kommunismus, der dem von der

Partei dargestellten Staat die Verantwortung für das Schicksal der Individuen auferlegt, die traditionellen Demokratien gegenüberstehen, die sich in höherem Masse als früher bemühen, die Wahrung der persönlichen Freiheiten mit den Forderungen der sozialen Gerechtigkeit und dem legitimen Sicherheitsbedürfnis zu vereinbaren. In der Wirtschaftsordnung bleibt die private Initiative die Triebkraft der Entwicklung und des Fortschritts, aber es ist ihr nicht mehr möglich, sich wie zur Zeit des Kapitalismus zum ausschliesslichen Vorteil einer Klasse zu betätigen; sie muss zur Quelle der allgemeinen Wohlfahrt werden. Dieser wirtschaftliche Wiederaufbau Europas, die Geschwindigkeit, mit welcher er erfolgt ist, sind ein Zeichen für die Vitalität unseres alten Kontinents, für die zahlreichen Reserven, über die er immer noch verfügt, und für die Leistungsfähigkeit seiner politischen Institutionen.

Die zweite positive Tatsache ist die Entspannung, die seit ungefähr zwei Jahren in den internationalen Beziehungen eingetreten ist. Es wäre übertrieben zu behaupten, dass der Kalte Krieg beendet sei, und dass wir in eine neue Epoche eingetreten seien. Immerhin haben die Unterzeichnung des Waffenstillstandes in Korea im Jahre 1953 und die Regelung des indochinesischen Problems an der Genfer Konferenz von 1954 zwei Kriegen ein Ende gesetzt. Die zwischen Grossbritannien einerseits und Iran und Aegypten andererseits abgeschlossenen Verträge und die Lösung der Triesterfrage stellen ebenfalls Beiträge zur Festigung des Friedens dar. In Asien bleibt noch ein besonders gefährlicher Konfliktherd übrig, nämlich Formosa, wo zwei Grossmächte einander entgegenstehen. In Europa ist ebenfalls eine Stabilisierung eingetreten. Zweifellos bleibt das Problem der Wiedervereinigung Deutschlands offen. Ohne Zweifel haben die Vereinigten Staaten nie anerkannt, dass die in den Volksdemokratien dank der Besetzung entstandenen kommunistischen Regierungsformen tatsächlich dem Volkswillen entsprechen. Zweifellos hat auch der Eintritt Westdeutschlands in den Nordatlantikpakt heftige Reaktionen hervorgerufen. Andererseits stellt, was immer

die Beweggründe gewesen seien, die die Rückgabe der Unabhängigkeit an Oesterreich ermöglicht haben, die Unterzeichnung des Staatsvertrages eine positive Tatsache dar. Wir wollen uns mit unseren österreichischen Nachbarn darüber freuen, dass sie heute das Ende der Besetzung feiern und die Zukunft mit mehr Vertrauen ins Auge fassen können. Die Absicht der Regierungschefs der Grossmächte, sich zu treffen und die sie trennenden Problem zu erörtern, wäre ebenfalls ein bedeutungsvolles Ereignis. Endlich und vor allem scheint es, dass die drei grossen Nationen, von denen der Friede in Europa und in Asien wesentlich abhängt, und die zur gewalttätigen Lösung gewisser Konflikte versucht werden könnten, den Krieg nicht nur nicht wünschen, sondern sich auch bemühen, die Schaffung einer Situation zu vermeiden, die ihn unabweichlich machen würde. Es besteht deshalb gegenwärtig Ruhe; bedeutet sie nur einen Waffenstillstand im Kalten Krieg oder stellt sie den Beginn eines wahren Friedens dar? Werden andere noch offen stehende Fragen durch Verhandlungen gelöst werden können? Werden die so oft und so allgemein verkündeten Grundsätze betreffend das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die Unabhängigkeit der Länder, die Nichteinmischung in ihre inneren Angelegenheiten eines Tages angewandt und respektiert werden? Es ist nicht möglich, dies zu bekräftigen. Es liegt nahe, die eingetretene Entspannung zu begrüssen und sich ihrer zu erfreuen, ohne ihr aber eine Bedeutung und Tragweite zuzuerkennen, die sie noch nicht besitzt.

Wir können aber die gegenwärtige Situation nicht beurteilen, ohne zu betonen, dass sich die Menschheit an einem Wendepunkt befindet, und dies vor allem unter zwei Gesichtspunkten, wovon der eine politisch und sozial, der andere wissenschaftlich und wirtschaftlich ist. Wie für den einzelnen Menschen, dessen Lebensrythmus mit zunehmenden Jahren schneller wird, so scheint auch das Alter der Menschheit die Entwicklungen ihres Schicksals zu beschleunigen.

Unser kleines Land ist zweimal von den Kriegen verschont geblieben, die Europa und andere Kontinente verheert haben; es ist ihm gelungen, sich vor den totalitären Mythen zu bewahren. Man gibt sich vielleicht bei uns nicht genügend darüber Rechenschaft, dass es gegenwärtig zwei Arten von Problemen gibt, die die Menschheit in für die Zukunft der menschlichen Rasse höchst gefährliche Bahnen lenken könnten, die aber auch, wenn sie rechtzeitig auf vernünftige Art gelöst werden, die Menschheit allmählich einer universalen Ordnung entgegenzuführen vermögen, wo der Friede nicht mehr durch ein schwankendes Gleichgewicht einander feindlich gegenüberstehender Gewalten gesichert sein wird, sondern durch eine wirkliche Zusammenarbeit, die etwas anderes und mehr wäre als eine Koexistenz entgegengesetzter, aber sich vorläufig duldender Regierungsformen. Diese Probleme sind zunächst einmal diejenigen, die durch die Entdeckungen auf dem Gebiet der Atomenergie entstanden sind, ferner aber auch diejenigen, die sich stellen zufolge der Emanzipation, der zunehmenden Kenntnis ihrer eigenen Stärke und des Unabhängigkeitswillens von Völkern, die unter der politischen oder wirtschaftlichen Herrschaft der sie seinerzeit kolonisierenden Länder gestanden haben oder noch heute stehen.

Man muss wohl anerkennen, dass alle Länder in der legitimen Verteidigung ihrer besonderen Interessen diesen neuen Perspektiven Rechnung tragen müssen. Die traditionelle Politik und ihre Methoden sind heute überholt; sie entsprechen nicht länger einer Entwicklung, welche die Begriffe erschüttert, die bisher das Leben der Menschheit geregelt haben. Es wäre die Aufgabe der Regierungen und Staatsmänner, diejenigen Mittel zu suchen, die eine neue Ordnung zu schaffen geeignet wären - eine Ordnung, dank welcher die gewaltigen Hilfsquellen der Erde und die von der Wissenschaft und der technischen Entwicklung geschaffenen Möglichkeiten zum Vorteil aller Völker nutzbar gemacht werden könnten. Man versteht es, wenn ein Einstein und andere Gelehrte mit ihm das einzige Heil der Menschheit in einer "radika-

len Neuordnung der internationalen Beziehungen", in der Idee einer "der gegenseitigen Kontrolle geöffneten Welt", ja sogar in der Gründung einer Weltregierung sehen. Diese Ansichten können utopisch erscheinen. Aber die Gelehrten sind vielleicht die Propheten von heute und ihre Stimme verdient es, gehört zu werden.

Die durch die Atomenergie gestellten Probleme sind gewaltig. Der erste Gebrauch, den man von den Entdeckungen in diesem neuen Gebiete der Wissenschaft gemacht hat, war negativ und verheerend. Seit mehreren Jahren versucht man, die massiven Zerstörungsmittel, welche die Nuklearenergie herzustellen gestattet, in Acht und Bann zu erklären. Man kann nur aufs Wärmste wünschen, dass die Anstrengungen, die insbesondere unter den Auspizien der Vereinigten Nationen in dieser Richtung gemacht werden, zum Erfolg führen mögen. Vor einigen Monaten hat ein englischer Philosoph angeregt, dass neutrale Länder wie die Schweiz eine Initiative auf diesem Gebiet ergreifen sollten. Ich glaube, dass im heutigen Zeitpunkt, da das Verbot der Atomwaffe Gegenstand von Diskussionen und Kontroversen zwischen den Grossmächten bildet, eine solche Initiative kaum Aussicht auf Erfolg haben würde. Wir sollten immerhin die Möglichkeit nicht ausschliessen, dass eine Intervention oder eine Stellungnahme unsererseits eines Tages sich rechtfertigen könnte.

Die Atomenergie eröffnet aber glücklicherweise auch andere Perspektiven. Die friedliche Verwendung, der man sie auf dem Gebiete der Industrie oder der Medizin zuführen kann, steht noch in ihren Anfängen. Die Schweiz darf dabei nicht beiseite stehen. Der Bundesrat war von vorneherein der Meinung, dass wir uns aktiv beteiligen und in möglichst grossem Ausmasse zu allen Bestrebungen beitragen sollten, die geeignet sind, die Atomforschung und die Verwendung dieser neuen Energiequelle im Interesse der Menschen zu fördern. Am 10. Juni wird in Genf der Grundstein des europäischen Kernforschungsinstituts gelegt werden. Am 8. August wird ebenfalls in Genf eine Atomkonferenz eröffnet werden, die von den Vereinigten Nationen einberufen worden ist; Gelehrte aus nahezu 80 Ländern werden daran teilnehmen, werden

sich gegenseitig die Ergebnisse ihrer Forschungen mitteilen und ihre Erkenntnisse austauschen. Falls es gelingt, die Politik völlig von dieser Konferenz auszuschliessen, scheint mir, dass man von ihr vieles erwarten darf. Sie kann den Beginn einer fruchtbaren Zusammenarbeit im allgemeinen Interesse der Menschheit darstellen. Auf unserem eigenen Gebiet darf ebenfalls nichts vernachlässigt werden, damit unser Land nicht im Rückstand bleibt. So haben sich die öffentliche Gewalt und die Privatindustrie über den Bau eines Atomreaktors in der Schweiz geeinigt.

Die vor kurzem im indonesischen Bandoeng abgehaltene Konferenz, an der 23 Nationen Asiens und Afrikas vertreten waren, ist ebenfalls, vom politischen und sozialen Standpunkt, ein historisches Ereignis von erheblicher Bedeutung. Sie war ein Zeichen dafür, dass eine wesentliche Aenderung im Begriffe steht, in den Beziehungen zwischen Rassen und Kontinenten Platz zu greifen. Jedes Volk ist heute vom Willen erfüllt, die Leitung seiner Angelegenheiten in seine Hände zu nehmen und zum Meister seines Geschickes zu werden. Die Pessimisten werden vielleicht in dieser Konferenz, von der Europa ausgeschlossen war, eine Art Beweis für die Dekadenz unseres Erdteils erkennen. Mir scheint, sie haben Unrecht. Die Konferenz kann das Ende eines imperialistischen und kolonialistischen Europas anzeigen. Aber wenn Völker, deren Zivilisation mitunter älter ist als die unsrige, nach einem langen Schlaf das Bewusstsein der in ihnen selbst liegenden Kräfte wiedererlangen, so bedeutet diese Tatsache nicht, dass Europa in der Welt nicht mehr die Rolle spielen könnte, die ihm früher zugestanden hat. Es wird dies in einer anderen Form tun können, indem es auf neuen Grundlagen seine Beziehungen zu diesen Ländern aufbaut, die ihre Unabhängigkeit zu erreichen trachten, ohne sich scheinbar einer Zusammenarbeit auf Grund politischer Gleichberechtigung zu verschliessen. Der Einfluss, den die Schweiz auf diese Entwicklung ausüben kann, kann nur bescheiden sein, zumal unser Land nicht an den zu treffenden politischen Entscheidungen teilnimmt. Aber unser aktives Interesse an der notwendigen Annäherung und Verständigung zwischen den Völkern anderer Rassen und Europa findet\*

Gelegenheit, sich auf anderem Gebiete als demjenigen der reinen Politik zu betätigen.

Für unser Land sind die zehn verflossenen Jahre günstige Jahre gewesen, Jahre des Fortschritts und der Verwirklichung in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht. Es scheint sogar, dass die Beständigkeit und Ruhe unseres nationalen Lebens in einigen Geistern eine gewisse Ungeduld erwecken. Vor einem Monat oder zwei habe ich eine Broschüre mit dem Titel "Interrogeant la Suisse" erhalten. Am Eingang des ersten Kapitels fand sich der Satz: "Realist sein, bedeutet Ideen haben."

Die Verfasser dieser Schrift, die gewiss Menschen guten Willens sind, schreiben zum Beispiel: "Wir leben in einem Provisorium, d.h. ohne irgendwelchen Plan für die Zukunft. Unsere politischen Parteien sind untätig. Ihre Hauptsorgen sind die Politik auf kurze Sicht, die Amtsdauer und die nächsten Wahlen" oder: "Wir wollen aus der Schweiz kein Museum machen, keine Stätte europäischer Erholung, kein Altersasyl, keinen Treffpunkt für Händler und Spione, keine Idylle, sondern wir wünschen eine Schweiz, die, obgleich klein, aktiv ist und die dieser Welt angehört."

Geht wirklich den heutigen Schweizern der Realismus ab, weil ihnen die Ideen fehlen; leben sie wirklich nur dem Vergangenen, die Lenkung ihres Schicksals dem Zufall überlassend?

Uebrigens machte sich letztes Jahr hier und dort ein gewisser Ueberdruß hinsichtlich unserer Landesverteidigung und der dafür benötigten finanziellen Opfer bemerkbar. Dieser Ueberdruß lässt sich erklären einmal durch die Furcht vor den ebenso schrecklichen wie wirksamen Mitteln, über welche die Grossmächte verfügen, um Krieg zu führen, sodann durch die Auffassung, im Falle eines Angriffs sei doch jeder Widerstand gegen derartige Waffen zum vornherein nutzlos. Eine weitere Erklärung liefert der Wunsch,



von einer Anstrengung befreit zu sein, die man seit Jahren auf sich genommen, die schon vor dem Kriege begonnen hat und dann während seiner Dauer fortgesetzt wurde und infolge des kalten Krieges auch nach dem Jahre 1945 fortgesetzt werden musste. Der Ueberdruss lässt sich endlich mit der Meinung erklären, dass die Furcht vor einem neuen Konflikt, hervorgerufen durch bestimmte Ereignisse der Nachkriegszeit und durch die zwischen Ost und West herrschende Spannung, unbegründet und dass heute die Kriegsgefahr geringer oder sogar beseitigt ist.

Noch auf andere Dinge ist hinzuweisen: auf die Interesselosigkeit einer wachsenden Anzahl Mitbürger gegenüber öffentlichen Angelegenheiten, Staatsbürger, die gewissermassen Passivmitglieder der nationalen Gemeinschaft geworden sind, als ob sie die Wahlen und Abstimmungen nichts angingen oder sie nur dann beträfen, wenn es um ihre eigenen Interessen geht.

Diese negativen Erscheinungen sind indessen weder Krisenmerkmale noch Anzeichen einer schweren Krankheit der schweizerischen Demokratie; sie - oder zum mindesten eine ihrer Ursachen - lassen sich durch die Tatsache erklären, dass wir uns der Werte, die wir zu verteidigen haben, nicht mehr genügend bewusst sind, dass diese Werte in Vergessenheit geraten.

In der Tat wird unser nationales Leben heute hauptsächlich von der wirtschaftlichen Seite her belebt. Diese Erscheinung beschränkt sich nicht nur auf unser Land; vielmehr ist es eine allgemeine und natürliche Erscheinung, infolge ihrer nationalen und politischen Folgen. Von der Wirtschaft hängt der Wohlstand ab und von diesem wiederum der soziale Friede. Seitdem die politischen Errungenschaften verwirklicht worden sind, seitdem jedem die fundamentalen persönlichen Freiheitsrechte gewährleistet sind, seitdem wir über demokratische Einrichtungen verfügen, haben die

wirtschaftlichen Fragen, die schon immer wichtig waren, in zunehmendem Masse Regierung und Bürger beschäftigt. Sie sind auch weitschichtiger geworden, namentlich wegen der Einschränkungen des internationalen Güterausstausches, und zwar einerseits aus monetären und finanziellen Gründen, andererseits zum Schutze der nationalen Produktion von Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft; sodann wegen der Notwendigkeit, zwischen den verschiedenen Wirtschaftskreisen einen Ausgleich zu schaffen; schliesslich auch wegen der geänderten Lebensbedingungen und der infolge des technischen Fortschrittes erfolgten Vermehrung der Bedürfnisse. Es ist deshalb nicht verwunderlich, wenn sich die Wirtschaft in die Politik einmischt und wenn die sich daraus ergebenden Kämpfe und Diskussionen einem materialistischen Denken Vorschub leisten, indem jeder bestrebt ist, seine Interessen zu wahren. Diese Entwicklung hat unser politisches Leben beeinflusst. Es ist nicht zu bezweifeln, dass sie den Verbänden und Berufsorganisationen eine Bedeutung und ein Gewicht in den Staatsgeschäften verliehen hat, die ehemals allein den politischen Parteien zukamen und die die politischen Parteien ihrerseits gezwungenermassen heute zu verteidigen suchen, allerdings weniger Idee und Doktrin als ihre eigenen Interessen. Bedeutet das aber, dass unsere Politik nicht mehr von Ideen getragen ist, dass unser Land wirklich am Rande des Weltgeschehens steht, dass es veralteten Prinzipien huldigt?

Unsere eidgenössische Politik ist wenig spektakulär. Sie zeichnet sich nicht durch Änderungen oder Neuerungen aus, die unsere Sitten umwälzen. Aber sie steht nicht still. Sie entwickelt sich fort. Ihre Entwicklung ist nicht dem Zufall, dem guten Glück überlassen. Sie ist von Grundsätzen, von Ideen beherrscht, die vielleicht kaum sichtbar, wenig in die Augen fallend sind, weil sie in den täglichen Gegebenheiten aufgehen. Und nicht ohne Grund findet der

Kommunismus, wie seinerzeit der Faschismus und der Nationalsozialismus, in unserem Lande keinen günstigen Nährboden.

Unter den Ideen, die für unsere Politik richtunggebend sind, steht an erster Stelle die Idee der Solidarität, die sich im Verständnis für die legitimen Bedürfnisse aller Kreise kundtut und sich auf tausend Arten ausdrückt: in Gesetzen wie jenes über die Einführung der Alters- und Hinterbliebenenversicherung, in der Landwirtschaftsgesetzgebung, in den Abkommen zwischen den Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden, in den Gesamtarbeitsverträgen, in den staatlichen Hilfemassnahmen zugunsten notleidender Wirtschaftszweige, in der Schaffung von Krisenfonds durch private Unternehmen. Allerdings trägt nicht jeder Schweizer dieses Solidaritätsgefühl im Herzen; nicht jeder lässt sich davon in seiner persönlichen Tätigkeit leiten. Es gibt Egoisten, Unersättliche, Gewinnsüchtige, jene, denen alles, was nicht ihrem Nutzen frommt, fremd und gleichgültig ist. Aber unser politisches Leben ist in seiner Entwicklung heute von dieser Solidaritätsidee, die noch entwicklungsfähig ist, beherrscht; sie hat es im Laufe der Jahre ermöglicht, das menschliche Los eines jeden Schweizers zu verbessern. Dieser Solidaritätsgedanke hat allmählich - und in immer weiteren Kreisen unseres nationalen Lebens - auch andere fundamentale Begriffe unserer Demokratie vervollständigt und bereichert: die Achtung vor der individuellen Freiheit und der politischen Gleichheit.

Aber die relative Bequemlichkeit unseres nationalen Lebens, das Fehlen besonderer Schwierigkeiten, die guten Beziehungen, die wir mit den ausländischen Staaten unterhalten, die Freiheit, mit welcher wir unsere inneren Probleme diskutieren können, unser materieller Wohlstand, dürfen nicht der Trägheit als Ruhebetten dienen. Die Erfahrung der letzten 20 Jahre hat uns gelehrt, dass sich die Weltlage rasch ändern

kann und dass dadurch selbst jene berührt werden können, die sich in Sicherheit glauben; dermassen eng ist die Abhängigkeit eines Landes, ja heute selbst eines Kontinentes, vom andern geworden. Was wahrscheinlich erscheint, ist nie untrüglich. Die Weisheit liegt weder im Optimismus noch im Pessimismus. Für ein Land liegt sie im Willen, jederzeit bereit zu sein, den Gefahren, die es bedrohen können, entgegenzutreten, die Schwierigkeiten, die sich zeigen können, zu überwinden.

Es gibt kein Ausruhen für ein Volk, das leben und fortbestehen will, das im Sinne hat, Herr seines Schicksals zu bleiben. Der Hang, starr am Althergebrachten festzuhalten, ist ein tödlicher Keim für die Gesellschaft. Er macht aus ihr einen Baum, dessen Säfte nicht mehr zirkulieren und der verdorrt.

Gewiss gibt es Ereignisse und Entwicklungen, die uns übergehen - ich habe sie bereits erwähnt - und auf welche wir keinen entscheidenden Einfluss ausüben. Aber wir können und müssen daran teilnehmen, im Rahmen unserer Möglichkeiten, weil sie auch unsere Zukunft bestimmen. Alles, was den Bestand unseres Landes sichert, was es stark macht, was ihm gestattet, sich gegenüber dem Ausland zu behaupten, alles, was die Schweizer über den Unterschied des Temperamentes und der Meinung hinweg einigen kann, alles das muss Gegenstand ständiger Sorge eines jeden unter uns sein.

Die Landesverteidigung ist nicht nur eine militärische Verteidigung. Als solche bleibt sie unentbehrlich. Das Schweizervolk hängt an seiner Armee, nicht aus Militarismus, aber weil es in ihr den Ausdruck seines Unabhängigkeitwillens sieht. Es weiss, dass ohne sie die Neutralität des Landes nur eine Neutralität ohne Rückgrat wäre. Die Opfer, die unsere Armee fordert, müssen von der Diskussion ausgenommen bleiben, solange kein internationales Abkommen über die Abrüstung besteht und solange an Stelle der gegenwärtigen Entspannung nicht ein wahrhafter Friede getreten ist.

Zur Landesverteidigung gehört aber auch die Tätigkeit der Schweiz auf internationaler Ebene, auf allen Gebieten, auf denen sie zur Beruhigung, zur Friedensstiftung, zur Verständigung, zur Verbesserung des menschlichen Loses beitragen kann.

Die Landesverteidigung findet schliesslich ihren Ausdruck im Festhalten an unserer Freiheit, im Bestreben, diese immer mehr zu vertiefen, in der wirtschaftlichen Entwicklung im Sinne einer besseren Gewährleistung des allgemeinen Wohlstandes und der sozialen Sicherheit. Sie bringt für jeden Bürger die Pflicht mit sich, sich durch aktive Teilnahme am öffentlichen Leben der persönlichen Freiheiten, die ihm zustehen und die ihm garantiert sind, würdig zu erweisen.

Möge unsere Partei getreu ihren liberalen Traditionen, aufgeschlossen allen grossen Problemen gegenüber, welche die Entwicklung einer bewegten Welt stellt, wie gegenüber bescheideneren Fragen, welche das Leben unserer Eidgenossenschaft betreffen, durch ihre feste und besonnene Stellungnahme, durch eine standhafte und kluge Tätigkeit die leuchtende Dienerin der schweizerischen Demokratie bleiben.